



Liebe Mitglieder
der DFG-VK Baden-Württemberg,
endlich ist der Frühling da. Letztes
Jahr hatten wir mit Blick auf dieses
Frühjahr natürlich gehofft, dass wir
wieder unsere „normalen“ Leben
führen würden. Das ist nun leider
noch nicht der Fall.

Inzwischen haben sich aber viele
Menschen an die neue Situation ange-
passt, wodurch viele Dinge wieder
möglich sind – wenn auch anders als
sonst. Dazu gehören auch die Oster-
märsche. Während sie 2020 zumeist
noch abgesagt werden mussten, gab
es jetzt wieder viele Aktionen vor
Ort: mit Masken und Abstand, aber
mit der gleichen Begeisterung und
Überzeugung wie immer. Berichte
von den Veranstaltungen in Stuttgart,
Müllheim, Mannheim und Offenburg
gibt es in dieser Ausgabe.

In den letzten Wochen hat uns bei
der DFG-VK außerdem eine Ausein-
andersetzung mit der Deutschen
Bahn beschäftigt, die ja bekannter-
weise sehr viel Bundeswehrwerbung
zulässt, aber die Plakate vom Bündnis
„Schulfrei für die Bundeswehr“
nicht in ihren Bahnhöfen aufhängen
lässt. Wie sie diese Entscheidung be-
gründet und was wir dagegen tun
können, erklärt Klaus Pfisterer stell-
vertretend für das Bündnis.

Ein Thema, das großen Einfluss auf
unsere Arbeit in den nächsten Mo-
naten haben wird, ist die Bundestags-
wahl im Herbst. Wir haben uns
Gedanken gemacht, wie wir unsere
Forderungen und Vorschläge in den
Wahlkampf und die spätere Regie-
rung einbringen können. Und dafür
brauchen wir eure Unterstützung!
Ich wünsche euch viel Spaß beim Le-
sen und einen schönen Frühling!
Herzliche Grüße

Sarah Apfeler

DFG-VK-Landesverband

Rückblick auf die regionalen Ostermärsche

Abrüsten für den Frieden, für das Klima, für die Menschen

Stuttgart. Unter dem Motto „Abrüsten! Für den
Frieden, für das Klima, für die Menschen“ ha-
ben am Ostersonntag in Stuttgart rund 800 Per-
sonen am Ostermarsch 2021 des Friedensnetzes
Baden-Württemberg teilgenommen. Das geschah
unter strikter Einhaltung der Masken- und Ab-
standspflicht. Für die Friedensbewegung war es
zudem ein wichtiges Signal, dass die Veranstal-
tung real stattfinden konnte. Sie hat gezeigt, wie
verantwortungsvoller und achtsamer Protest aus-
sehen kann.

Das bunte Bild wurde überwiegend bestimmt
von den regenbogenfarbigen Pace-Fahnen, auch
mit dem Aufdruck „No NATO“. Der Marsch wur-
de angeführt mit dem Frontbanner „Abrüsten!
Für den Frieden, für das Klima, für die Menschen“
und von einem 25 Meter langen Lindwurm, in
den sich der Friedensstreif Stuttgart-Nord gehüllt
hatte und der beidseitig mit der Kernforderung al-
ler RednerInnen beschriftet war: „UN-Atomwaf-
fenverbotsvertrag-Beitritt - Jetzt!“. Gut sichtbar
war auch ein Transparent der DFG-VK: „Aus der
Pandemie lernen: Geld für Gesundheitsversor-
gung und den zivilen Katastrophenschutz statt für
das Militär!“.

Gute Reden gab es vom Landesbezirksleiter
von ver.di Baden-Württemberg Martin Gross und
MdB Tobias Pflüger. Wiltrud Rösch-Metzler, Vor-
sitzende von pax-christi Rottenburg-Stuttgart frag-
te: „Wo sind die Friedenskräfte in den Parteien?“

Sie antwortete darauf: Vermutlich gibt es in jeder
Partei Menschen, die in Militäreinsätzen keine Lö-
sung sehen und bereit wären, für Abrüstung ein-
zutreten. Sie aufzusuchen ist wichtig.“ Mit Blick
auf die rechten Kräfte meinte sie: „Wer die Ängste
der Menschen in Wut auf andere Menschen und
Gruppen umleitet, versündigt sich an unserer Ge-
sellschaft, schafft Spaltung statt Versöhnung.“

Sigrid Altherr-König, Esslingen

Müllheim. Im südbadischen Müllheim fand am
Ostermontag, wie jedes Jahr, der Ostermarsch
statt, an dem sich annähernd 200 Menschen be-
teiligten.

Der Oster-
marsch stand
unter dem Mo-
to: „Entsche-
den für Frie-
den und gegen
rechte Hetze“,
beginnend mit
einer Auftakt-
kundgebung vor
der Robert-Schu-
mann-Kaserne,
Sitz der Deutsch-
Französischen
Brigade. Dort
haben Ulrich Ro-
dewald vom Frie-
densrat Müllheim
und eine Vertre-
terin des DGB
Abrüstung statt
Aufrüstung ge-
fordert und die
2%-Forderung
der Nato für Au-
früstung und
Vorbereitungen
für den Einsatz
von Atomwaffen
aus Büchel verur-
teilt.

Fortsetzung auf der letzten Seite



Langjährige Mitglieder im DFG-VK-Landesverband

Wir beglückwünschen folgende Mitglieder, die dem Verband so lange die Treue gehalten haben (März bis Mai):

55 Jahre: Michael Streb

50 Jahre: Roland Arnold, Peter Dreyer, Gisela Kehrer-Bleicher, Anton Lehner, Hans-Michael Schneider, Rainer Wöhrle

45 Jahre: Volker Behrens, Hartmann Dörny, Manfred Harms, Rolf Kalt, Thomas Kowoll, Hermann-Josef Scheid, Werner Schmidt

40 Jahre: Lutz-Thomas Abraham, Richard Brems, Bernhard Dörner, Markus Hauer, Manfred König, Helmut Krayer, Arne Ortlinghaus, Hermine Perzmeier, Jörg Sauereisen

35 Jahre: Walter Beer, Rembert Böse, Stephan Brües, Jörn Engel, Gerd Heintz, Roland Linder, Aydin Mir Mohammadi, Rainer Püttbach

30 Jahre: Frank Bleckmann, Jürgen Flicker, Rainer Kallert, Bärbel Weiß

25 Jahre: Andreas Kögel, Jörg Stötzer

Termine

7. Juni, Leimen: Vortrag und Diskussion „Resiliente Demokratie“ - Prävention gegen Gewalt und Diskriminierung, das Einüben von zivilem Widerstand und sozialer Verteidigung gegen Angriffe auf unsere demokratische Gesellschaft. - Renate Wanie (freie Mitarbeiterin in der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden, Heidelberg), 19.30-21 Uhr, Ev. Gemeindehaus Leimen, Turmgasse 21, VA: Ev. Erwachsenenbildung Rhein-Neckar Süd mit Unterstützung von: DFG-VK Heidelberg, Heidelberger Ratschlag, Friedenskreis der Dt. Mennoniten Bammantal

1. Juli, Karlsruhe: Verleihung Ulli-Thiel-Friedenspreis

5. Juli, Bammantal: Vortrag und Diskussion „Nachhaltige Entwicklung der EU-Anrainerstaaten“ - Friedens- und Präventionsarbeit von EIRENE im Sahel als ein Beispiel, wie die Zivilgesellschaft Extremismus vorbeugen und Bleibeperspektiven für die Menschen im Sahel verbessern kann - mit Anthea Bethge (Friedensorganisation EIRENE, Neuwied) wird per Zoom zugeschaltet, 19.30-21 Uhr, Mensa des Gymnasiums Bammantal (angefragt), Herbert-Echner-Platz 2, VA: Ev. Erwachsenenbildung Rhein-Neckar Süd mit Unterstützung von: DFG-VK Heidelberg, Heidelberger Ratschlag, Friedenskreis der Dt. Mennoniten Bammantal

Die **SÜDWEST-KONTAKTE** sind die Informationsbeilage zur „ZivilCourage“ für alle Mitglieder des DFG-VK-Landesverbandes Baden-Württemberg. Sie erscheinen mit jeder Ausgabe der „ZivilCourage“, in der Regel fünf- bis sechsmal jährlich. Herausgegeben werden die **SÜDWEST-KONTAKTE** vom Landesvorstand des DFG-VK-Landesverbandes Baden-Württemberg, Werastraße 10, 70182 Stuttgart, Telefon 0711/51 88 56 01, eMail ba-wue@dfg-vk.de, Internet www.dfg-vk.de/n-bawue Redaktion: Sarah Gräber Gestaltung: SPS-Graphics

Schulfrei für die Bundeswehr – Lernen für den Frieden

Gegen „Freie Fahrt für die Bundeswehr“

Deutsche Bahn blockiert Friedensarbeit

In der letzten Ausgabe der SWK berichteten wir darüber, dass das Bündnis „Schulfrei für die Bundeswehr – Lernen für den Frieden“ im Rahmen der Landtagswahl mehrere Tausend Euro in die Hand nehmen wollte, um mit A1- und A2-Plakaten an über 100 Stellen im Ländle sichtbar zu sein. Mit den Plakaten wollten wir für „mehr Friedensbildung statt Bundeswehr an Schulen“ eintreten. Doch es kam ganz anders. Während der Artikel für die SWK in Druck war, erreichte uns die Nachricht, dass die Deutsche Bahn ihre Zustimmung zur Plakatierung in den Bahnhöfen und auf den Bahnsteigen, in S-Bahnen sowie in Bussen untersagte.

Kurz zur Historie: Geplant war in Kooperation mit der Firma Ströer, zwei Plakat-Motive in den S-Bahnen im Raum Stuttgart, in Bahnhöfen in Freiburg, Heidelberg, Heilbronn, Mannheim, Karlsruhe, Reutlingen und Ulm sowie in Bussen im Raum Friedeshafen zu zeigen. Die Verträge für das Plakat „Krieg erklären war gestern, heute erklären wir Frieden“ in den Bahnhöfen waren unterschrieben, und die Zusage der Firma Ströer inklusive Druckauftrag dafür lag vor. Dann ging es in die nächste Runde. Das Plakat „Bildung ist die beste Verteidigung“ war für die Deutsche Bahn Anlass, die Plakatierung in den S-Bahnen und Bussen zu prüfen. Die DB untersagte, dieses Plakat zu zeigen, auf dem andeutungsweise Maschinengewehrläufe zu sehen sind. Na gut, dachten wir uns, wenn die Deutsche Bahn Gewissensbisse hat, militärisches Material in ihrem Bereich zu zeigen, könnte davon später auch die Bundeswehr betroffen sein. Also zeigten wir guten Willen, zogen das Plakat zurück und reichten

dafür die beiden anderen Plakate zur Veröffentlichung ein. Doch was dann kam, zeigte, wessen Kind die Deutsche Bahn ist. In einer kurzen Mail der Firma Ströer wurde uns mitgeteilt, dass die Deutsche Bahn die Plakate „aufgrund ihrer Aussagen gegen die Bundeswehr generell abgelehnt, da die Deutsche Bahn ihre Neutralität wahren möchte“. Auslöser war der Plakatslogan „Für Friedensbildung statt Bundeswehr an Schulen“. Auf Nachfrage bei der Firma Ströer, wer bei der Deutschen Bahn diese Ablehnung verfasst hatte, gab es aus Datenschutzgründen keine Antwort, man gebe keine Auskunft über seine Kunden. In der Folge wurde auch die ursprüngliche Zusage für die Plakatierung des Motivs „Krieg erklären war gestern. Heute erklären wir Frieden“ zurückgenommen.

Das wollte das Schulfrei-Bündnis nicht akzeptieren. Auf der einen Seite plakatiert die Bundeswehr mit ihrer Kampagne „Mach, was wirklich zählt“ die Bahnhöfe und Bahnsteige der Deutschen Bahn AG zu, auf der anderen Seite wird das Eintreten für mehr Friedensbildung an Schulen als unzulässige Einmischung abgelehnt.

In einem Protestschreiben forderte das Schulfrei-Bündnis die Deutsche Bahn auf, ihre Entscheidung umgehend zu revidieren und die Plakatierung zuzulassen. Angeblich ist dieses

Schreiben nie bei der Deutsche-Bahn-Niederlassung in Stuttgart angekommen. „Wir können nicht nachvollziehen, wo ihr Brief angekommen ist“, lautete die lapidare Antwort der DB.

Mit einer überregionalen Pressemitteilung vom 24. Februar 2021 machte das Schulfrei-Bündnis auf den Skandal der Ablehnung der Friedensplakate aufmerksam und erreichte einige Presseveröffentlichungen, die die Haltung der DB sehr kritisch beschreiben. Das zentrale Argument lautete: „Unsere Plakate wenden sich ja nicht generell gegen die Bundeswehr. Vielmehr wenden wir uns mit den Plakaten gegen die Präsenz der Bundeswehr an Schulen und sprechen uns für mehr Friedensbildung aus.“



Krieg war gestern.
Heute erklären
wir Frieden.

Für Friedensbildung statt Bundeswehr an Schulen.
www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de



Friede
geht
auf B

Für Friedensbildung statt
www.schulfrei-für-die-bundeswehr.de

Vor dem Hintergrund, dass die Bundeswehr im Rahmen ihrer Kampagne „Mach, was wirklich zählt“ in und vor den Bahnhöfen Werbeplakate in großen Stil zeigen konnte, sei der Verweis auf eine Selbstverpflichtung zur Neutralität der Bahn nicht haltbar. Und auch aus juristischer Perspektive gebe es nach Auffassung des Bündnisses keine Neutralitätspflicht der DB.

Auf Presseanfragen hin äußerste sich die DB so: „Die Deutsche Bahn lässt auf ihren Werbeflächen aus Gründen der Neutralität keine politische Werbung zu. Die Aussage „Für Friedensbildung statt Bundeswehr an Schulen“ haben wir nicht als neutral, sondern als politisch wertend eingestuft und daher abgelehnt. In den Motiven, mit denen die Bundeswehr um Rekruten wirbt, sehen wir dagegen keinen Regelverstoß“, so Achim Strauß, Konzernsprecher der Deutschen Bahn AG, Berlin. Da fehlen einem die Worte!

Politische Unterstützung erhielten wir vom Linke-Bundestagsabgeordneten Tobias Pflüger, der auch DFG-VK-Mitglied ist. Für ihn ist es skandalös, dass die Führung der Bahn sich hier zum Zensor mit politischer Begründung aufschwingt. Die völlig richtige Forderung nach einem Ende der Karriereberatung durch die Bundeswehr an Schulen unterstützt er. Weitere Unterstützung kamen von der GEW Baden-Württemberg und Verdi. Die GEW arbeitet seit vielen Jahren aktiv im Bündnis mit und die GEW-Vorsitzende Monika Stein erklärte dazu: „Die Plakate kritisieren nicht grundsätzlich die Bundeswehr, sondern machen sich für mehr Friedensbildung in den Schulen stark. Dies ist in den Bildungsplänen

für die Schulen in Baden-Württemberg verankert und sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein.“ Auch der Verdi-Landesbezirksleiter Martin Gross versteht die Haltung der DB nicht: „Wenigstens Waffengleichheit an den Werbetafeln sollte gelten, Kritik daran zu zulassen... Doch Werbung für den Beruf „SoldatIn in der Schule lehnen wir ab. Jeder, der die Werbevideos der Bundeswehr gesehen hat, weiß, dass solche Filme nicht in einem Klassenzimmer laufen sollten“.

Um sich dennoch in den Landtagswahlkampf einzubringen, änderte das Schulfrei-Bündnis kurzfristig seine Strategie. Damit die bereits gedruckten Plakate gezeigt werden konnten, mietete man über die Firma Ströer Werbeflächen



in Mannheim, Heidelberg, Karlsruhe, Freiburg, Heilbronn, Stuttgart, Reutlingen, Ulm und Friedrichshafen an. In der Zeit vom 5. - 18. März hingen die Plakate. Es waren nicht immer die besten Standorte, da diese sich die Parteien für den Landtagswahlkampf gesichert hatten.

Es bleibt festzuhalten, dass die Deutsche Bahn die Friedensarbeit massiv behindert, währenddessen Soldaten in Uniform in den Zügen freie Fahrt haben. Plakate der Bundeswehr mit dem Slogan „Gas, Wasser, Schießen“ stellen für die Bahn kein Problem dar. Für uns sind das ebenso politische Aussagen wie das Eintreten für mehr Friedensbildung an Schulen. Das massive Werben der Bundeswehr in und außerhalb der Bahnhöfe ist für die DB kein Problem, getreu dem Motto „Eine Krähe hackt der anderen kein Auge aus“.

Wir werden im Rahmen unserer Möglichkeiten die Ablehnung der Friedensplakate durch die Deutsche Bahn weiter skandalisieren und hoffen auf weitere Unterstützung. Jede/r kann seinen Unmut in einem Schreiben der Deutschen Bahn gegenüber ausdrücken. Die Anschrift lautet: Deutsche Bahn AG, Potsdamer Platz 2, 10785 Berlin, Mail: Achim.Stauss@deutschebahn.com

Die Plakate wurden nicht nur für die Landtagswahl gedruckt, sondern können zeitlos bei öffentlichen Aktionen eingesetzt werden, um für mehr Friedensbildung an Schulen zu werben. Wer Interesse daran hat, kann die A2-Plakate in der Landesgeschäftsstelle bestellen.

E-Mail: ba-wue@dfg-vk.de

Klaus Pfisterer



Wir mischen uns in den Bundestagswahlkampf ein

Am 26. September findet die Bundestagswahl statt, und wir sollten uns als DFG-VK mit unseren friedenspolitischen Forderungen und Vorschlägen einmischen. Eine Möglichkeit besteht darin, in jedem Wahlkreis eine Podiumsdiskussion mit den KandidatInnen der im Bundestag vertretenen Parteien zu rein friedenspolitischen Themen durchzuführen (Die AfD muss niemand einladen). Dazu sollen jetzt die Vorbereitungen eingeleitet und die KandidatInnen eingeladen werden, sofern diese bereits nominiert sind. Je nach Corona-Entwicklung können Präsenzveranstaltungen vor Ort durchgeführt, andernfalls auch Online-Veranstaltungen angeboten werden.

Aus den Erfahrungen mit solchen Veranstaltungen aus dem Jahr 2017 regen wir dieses Format an: Es werden die KandidatInnen von CDU, SPD, Grünen, Linke und FDP eingeladen. Die Diskussionsleitung übernimmt eine Person der örtlichen DFG-VK oder Friedensgruppe.

Die Mitglieder der örtlichen DFG-VK-Gruppe bereiten einen Fragenkatalog vor. Bei der Themenauswahl sollte darauf geachtet werden, dass es Schwerpunkte gibt und man sich nicht in Einzeldiskussionen verheddert.

Eine Auswahl an inhaltlichen Themen und Forderungen könnte so aussehen:

- Atomwaffen:** Beitritt zum Atomwaffenverbotsvertrag; Abzug und Vernichtung der Atomwaffen aus Büchel
- Rüstungshaushalt:** Drastische Senkung der Rüstungsausgaben; Verabschiedung vom 2%-Ziel der Nato und Senkung der Verteidigungsausgaben in den nächsten Jahren kontinuierlich um jährlich 5 % oder mehr
- Rüstungsexporte:** Senkung der Rüstungsproduktion und Verbot der Rüstungsexporte
- Zivile Sicherheitspolitik:** Vorstellung des Szenarios „Sicherheit neu denken“ als Gegenmodell zur militärischen Sicherheitspolitik
- Ziviler Friedensdienst:** Deutlicher Ausbau und jährliche Verdoppelung des Etats.
- Friedens- und Konfliktforschung:** Ausbau und Einrichtung von Professuren für Friedensbildung an Universitäten und Pädagogischen Hochschulen

Zeitlicher Rahmen für die Veranstaltung: 2 bis 2,5 Stunden. Die Redezeit wird pro Person und Thema auf 1-2 Minuten festgelegt. Die KandidatInnen sollen uns nicht die Welt erklären, sondern klare Antworten auf unsere Forderungen geben. Die Presse wird zur Berichterstattung eingeladen.

Adressenliste

DFG-VK-Gruppe Bodensee-Oberschwaben

Bernd Wipper, Maurus-Betz-Str. 12,
88662 Überlingen, 07551-3085066,
doc.b.wipper@t-online.de

DFG-VK-Gruppe Freiburg

Postfach 5261, 79019 Freiburg
Treffen: Büro im Friedenszentrum,
Stühlinger Str. 7
Tel.: 0761-7678089
freiburg@dfg-vk.de
www.dfg-vk.de/freiburg

DFG-VK-Gruppe Heidelberg

c/o Kai-Uwe Dosch, Hohegasse 1,
69181 Leimen
Tel.: 01525-6907676
heidelberg@dfg-vk.de

DFG-VK-Gruppe Karlsruhe

c/o Sonnhild Thiel, Alberichstraße 9,
76185 Karlsruhe; Tel.: 0721-552270
dfg-vk.karlsruhe@posteo.de

DFG-VK-Gruppe Ludwigsburg

c/o Wolfram Scheffbuch, Oberdorf-
straße 9, 74366 Kirchheim am Neckar
Tel.: 07143-94668, Mobil: 0173-7397214
ludwigsburg@dfg-vk.de

DFG-VK-Gruppe Mannheim-Ludwigshafen

c/o Friedensbüro Mannheim, Speyerer
Str. 14, 68163 Mannheim
Tel.: O. Reger (Tel. 017650218312),
H. Sauer-Gürth (Tel. 0621-858301)
mannheim@dfg-vk.de
mannheim.dfg-vk.de

DFG-VK-Gruppe Mittelbaden

c/o Wolfgang Eberhardt, Mörikestraße 6,
77654 Offenburg
Tel.: 0781-53669
mittelbaden@dfg-vk.de

DFG-VK-Gruppe Neckar-Fils

c/o Jürgen Flicker, Hauptstr. 46,
73275 Ohmden, Tel.: 07023-2728
jblfli@t-online.de

DFG-VK-Gruppe Stuttgart

Werastr. 10, 70182 Stuttgart
Tel.: 0711-51885601; stuttgart@dfg-vk.de
jeden 3. Dienstag im Monat Gruppen-
treffen um 19 Uhr in der Werastr. 10

DFG-VK-Gruppe Tübingen

c/o Informationsstelle Militarisierung
(IMI e.V.), Hechingerstr. 203, 72072 Tü-
bingen; Tel.: 07071-791703; tuebingen@
dfg-vk.de; www.imi-online.de

DFG-VK-Gruppe Gammertingen

c/o Walter Märkle, Beethovenstr. 2,
72501 Gammertingen; Tel.: 07574-2920

DFG-VK-Gruppe Pforzheim

c/o Christof Grosse, Brettener Str. 41,
75181 Pforzheim; Tel.: 07231-358765

DFG-VK-Gruppe Ulm/Neu-Ulm

c/o Markus Kiefer, Otto-Lilienthal-
Weg 65, 89075 Ulm;
Tel.: 0731-40300388; ulm@dfg-vk.de

DFG-VK-Landesverband BaWü

Werastr. 10, 70182 Stuttgart
Fon 0711-51885601
eMail: ba-wue@dfg-vk.de
Internet: www.dfg-vk.de/lv-bawue
Facebook: https://www.facebook.com/
groups/DFG.bawue/



Der anschließende Ostermarsch durch die Stadt endete auf dem Markplatz mit einer Abschlusskundgebung, die von einer Roma-Kapelle umrahmt wurde. Uta Pfefferle vom Freiburger Friedensforum forderte in ihrer Rede den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotvertrag und warb für die Städteinitiative Mayors for Peace. Ann Katrin Vetter vom Friedensrat Müllheim skizzierte unter anderem die Lage der Flüchtlinge und die Gefahr durch Rechtsextremismus.

Max Heinke, Freiburg

Mannheim. In Mannheim ließen es sich über 100 RadlerInnen am Ostersamstag nicht nehmen, mit fahngeschmückten Rädern demonstrativ von der ehemaligen Turley-Kaserne zum Alten Meßplatz zur Zwischenkundgebung zu radeln. Nach motivierenden Reden ging es dann mit noch mehr Leuten und einer Demo zu Fuß weiter zur Abschluss-Kundgebung am Schloss. Das Masken- und Abstandsgebot und die Beschränkung auf maximal 200 Personen wurden eingehalten. (*ausführlich unter <https://is.gd/38DuAl>*)

Anknüpfend an die Pandemie-Begriffe kann man sagen, dass die übereinstimmende Aussage in den Reden die Forderung nach einem Lockdown für Manöver, Kriege und Rüstung und einem Abstandsgebot war.

PolitikerInnen und Militärs müssen Abstand nehmen von dem Glauben, dass sie Konflikte durch Waffen- und Militäreinsätze „lösen“ könnten. Stattdessen wurde gefordert, dass die Bundesregierung dem UN-Atomwaffenverbotvertrag beitrifft und Waffenexporte stoppt. Statt zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Rüstung auszugeben, müsse der Rüstungsetat gesenkt werden, um das Geld in Soziales, Gesundheitswesen, Bildungswesen und den Klimaschutz zu investieren. Für die Konfliktbearbeitung sollten mehr Friedensfachkräfte ausgebildet werden, statt Menschenleben durch die Auslandseinsätze der Bundeswehr zu opfern.

Otto Reger, Mannheim

Offenburg. Am Ostersamstag fand der Ostermarsch Mittelbaden in Offenburg statt. Es gab Redebeiträge von Die Linke Ortenau, Linksjugend, DFG-VK, Motorradclub Kuhle Wampe Freiburg und ver.di zu den Themen „Rüstung runter - Geld für Gesundheit und Bildung“, „Schluss mit der Kriegstreiberei“ sowie „Schluss mit der staatlichen Finanzierung der Rüstungskonzerne“. Die etwas 130 TeilnehmerInnen sorgten bei schönem Wetter und revolutionärer Musik für gute Stimmung.

Ernst Rattinger, Offenburg

